

Der Krieg der Köpfe

Das Image von Gerhard Schröder, Edmund Stoiber, Guido Westerwelle und Joschka Fischer und dessen Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2002¹

Dieter Ohr und Markus Klein

MANUSKRIFT

1. Einleitung und Problemstellung

Der Begriff der Personalisierung von Politik² hat das Reservat politikwissenschaftlicher Fachabhandlungen längst verlassen und Eingang in das politische Tagesgeschäft gefunden. So wollte die SPD ihrem Umfragetief im Frühjahr des Wahljahres 2002 durch eine konsequente Personalisierung des Wahlkampfes begegnen, um von der ungebrochenen Popularität Gerhard Schröders zu profitieren. Die CDU/CSU kritisiert diese Strategie als oberflächlich und möchte ihrerseits einen „Kompetenzwahlkampf“ führen. Gleichzeitig verzichtet sie aber nicht darauf, ihren Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber in einer Personality-Kampagne als „Kantig. Echt. Erfolgreich“ zu feiern, was wiederum SPD-Generalsekretär Franz Müntefering zu der Bemerkung veranlasste, Stoiber sehe doch eher nach „Vanilleeis im Plastikbecher“ aus.

Eine neue Qualität hat dieser Krieg der Köpfe³ dadurch gewonnen, dass im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2002 erstmals auch die beiden kleinen Parteien FDP und Grüne auf eine konsequente Strategie der Personalisierung setzen: So beschloss am 12. Mai 2002

¹ Wir bedanken uns herzlich bei *Manfred Güllner* (forsa) für die Möglichkeit, unser Kandidatenmodul in die forsa-Tagesbefragungen einschalten zu können.

² Zur Personalisierung von Politik und speziell des Wählerverhaltens in Deutschland vgl.: *Markus Klein/Dieter Ohr*, Gerhard oder Helmut? ‚Unpolitische‘ Kandidateneigenschaften und ihr Einfluß auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 41. Jg. (2000a), H. 2, S. 199-224; *Markus Klein/Dieter Ohr*, Die Wahrnehmung der politischen und persönlichen Eigenschaften von Helmut Kohl und Gerhard Schröder und ihr Einfluß auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998, in: *Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Wiesbaden 2001, S. 91-132; *Dieter Ohr*, Wird das Wählerverhalten zunehmend personalisierter, oder: Ist jede Wahl anders? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung in Deutschland von 1961 bis 1998, in: *Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr* (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Wiesbaden 2000, S. 272-304; *Frank Bretschneider*, Candidate Voting. Die Bedeutung von Spitzenkandidaten für das Wählerverhalten in Deutschland, Großbritannien und den USA von 1960 bis 1998, in: *Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, Wiesbaden 2001, S. 351-400; *Franz Urban Pappi/Susumu Shikano*, Personalisierung der Politik in Mehrparteiensystemen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen seit 1980, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 42. Jg. (2001), H. 3, S. 355-387.

³ Diese Metapher verdanken wir einem Artikel aus der WELT vom 24.4.2002.

der FDP-Bundesparteitag in Mannheim, den Parteivorsitzenden Guido Westerwelle zum *Kanzlerkandidaten* der FDP zu ernennen. Hans-Dietrich Genscher hatte den Delegierten diesen Vorschlag unterbreitet und Westerwelle zur Kandidatur aufgefordert: Gerhard Schröder (SPD) und Edmund Stoiber (CDU/CSU) seien zwar respektable Bewerber, so Genscher. „Aber unser Kandidat ist es auch“. Der FDP-Ehrenvorsitzende richtete die rhetorische Frage an die Delegierten, wo denn geschrieben stehe, dass nur den Sozialdemokraten und der Union das Recht zustehe, einen Kanzlerkandidaten zu nominieren. „Viele wollen weder Schröder noch Stoiber. Sollen diese Millionen Wählerinnen und Wähler wirklich ohne Alternative bleiben?“ (www.fdp.de, 14. Mai 2002). Mit der Entscheidung, einen eigenen Kanzlerkandidaten ins Rennen zu schicken, sorgte die FDP für ein Novum in der Geschichte deutscher Bundestagswahlen: Noch nie zuvor hatte eine andere Partei als die SPD und die CDU/CSU einen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers nominiert.

Nicht ganz so spektakulär wie bei der FDP gestaltet sich die Personalisierungsstrategie der Grünen. Auf Vorschlag des Bundesvorstandes der Partei setzte der Parteirat am 21. Januar 2002 ein siebenköpfiges Wahlkampfteam ein – mit Bundesausenminister Joschka Fischer als dem grünen *Spitzenkandidaten*. In der Etikettierung des die Partei im Wahlkampf maßgeblich vertretenden Politikers sind die Grünen also deutlich vorsichtiger als die Freien Demokraten. Gleichwohl stellte die Nominierung Fischers zum Spitzenkandidaten für die Grünen einen Bruch mit ehemals heiligen Prinzipien dar: Zum ersten Mal in ihrer Geschichte haben sie über die vom Bundeswahlgesetz zwingend vorgesehene Nominierung von Kandidaten für die Landeslisten hinaus eine formelle Ernennung eines Spitzenkandidaten vorgenommen. Die Grünen verbanden mit dieser Entscheidung eine offensive Strategie der Personalisierung des Wahlkampfs. Eine solche hatte die Partei bislang vehement abgelehnt, da sie von den eigentlichen Inhalten der politischen Auseinandersetzung ablenke und den Wahlkampf zu einer Art Schönheitswettbewerb der verschiedenen zur Wahl stehenden Kandidaten verkommen lasse. Die Begründung für diesen Tabubruch war eine sehr pragmatische: Man wolle durch die Nominierung Fischers zum Spitzenkandidaten der Partei deutlich machen, dass es keinen Graben zwischen Fischer und seiner Partei gebe und so von den guten Umfragewerten Fischers profitieren, der sich in den letzten Jahren im Amt des Bundesausenministers zum beliebtesten deutschen Politiker gemausert hat.

Die Untersuchung der Frage, inwieweit die Personalisierungsstrategien der beiden kleinen Parteien FDP und Bündnis90/Die Grünen erfolgversprechend sind, soll Gegenstand des vorliegenden Artikels sein. Wir werden sie auf der Grundlage einer aktuellen, für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland repräsentativen Umfrage des Berliner Meinungsforschungsinstituts *forsa* zu beantworten versuchen.⁴ Wir gehen dabei von der Prämisse aus, dass sich ein personalisierter Wahlkampf für die beiden kleinen Parteien dann auszahlt, wenn ihr jeweiliger Spitzenkandidat bereits zu Beginn des Wahlkampfes in der Bevölkerung über ein hohes Maß an Sichtbarkeit und ein klares Image mit zumindest einigen deutlich positiv bewerteten Persönlichkeitseigenschaften verfügt. Nur dann kann nämlich, in der Logik der Personalisierung, im und durch den Wahlkampf ein Reputationstransfer vom Spitzenkandidaten auf die Partei erfolgen. Inwieweit ein solcher Reputationstransfer tatsächlich stattfindet, lässt sich unter anderem daran ablesen, ob die Kandidatenbewertung einen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung zugunsten seiner jeweiligen Partei ausübt.⁵ Wenn also, erstens, der Kandidat bei den Wählern ein klares Image mit positiven Facetten besitzt und wenn sich, zweitens, dieses Image auch in der Wahlentscheidung niederschlägt, stellt Personalisierung für die kleinen Parteien eine sinnvolle und erfolgversprechende Strategie dar. Wir werden bei der empirischen Prüfung beider Kriterien als Vergleichsfolie jeweils die Kanzlerkandidaten von SPD und CDU/CSU, Gerhard Schröder und Edmund Stoiber, heranziehen. Dadurch kann der potentielle Erfolg der Personalisierungsstrategien der beiden kleinen Parteien auch relativ zu den entsprechenden Erfolgsaussichten bei den beiden großen Volksparteien beurteilt werden.

2. Das Image von Schröder, Stoiber, Westerwelle und Fischer in der Bevölkerung

Voraussetzung eines personalisierten Wahlkampfes sind sichtbare Kandidaten mit einem klaren Image mit positiven Facetten. Versteht man unter der Sichtbarkeit eines Kandidaten dessen Bekanntheitsgrad, so lassen sich zwischen den vier von uns untersuchten

⁴ Die *forsa*-Vorwahlstudie wurde zwischen dem 2. und dem 5. April 2002 von *forsa* mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) durchgeführt. Die nach einem Zufallsverfahren ausgewählte Stichprobe ist repräsentativ für die Wahlberechtigten Deutschlands. Insgesamt wurden 2005 Interviews realisiert. Für die empirische Analyse wurden die Daten repräsentativ gewichtet.

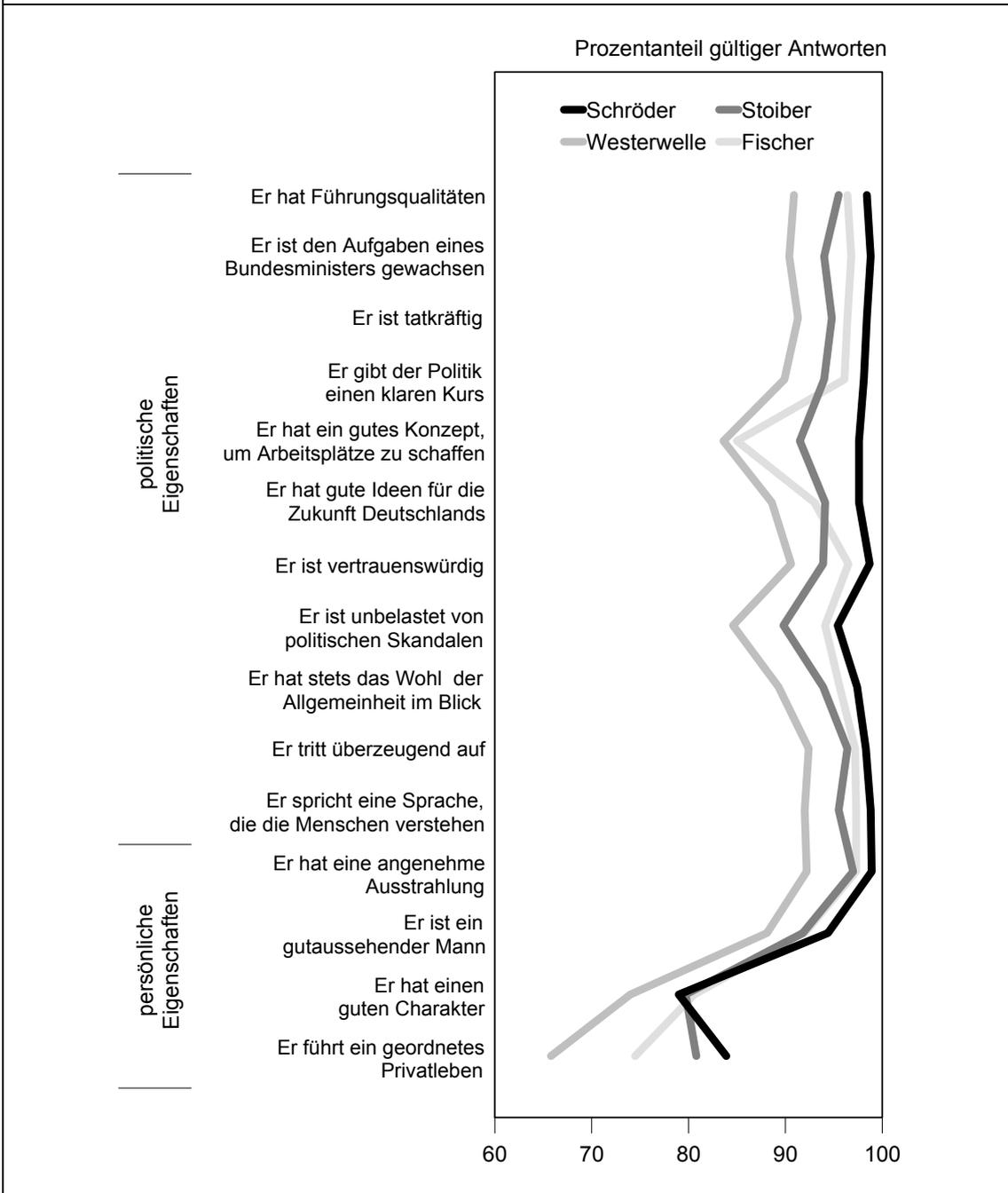
⁵ Neben einem solchen direkten Reputationstransfer vom Kandidaten auf die Wahlentscheidung zugunsten einer Partei sind auch noch verschiedene indirekte Wege denkbar. Vgl. dazu: *Anthony King*, *Do Leaders' Personalities Really Matter?*, in: *Anthony King* (Hrsg.), *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*, Oxford 2002, S. 1-43.

Politikern kaum Unterschiede ausmachen: Ihr Bekanntheitsgrad liegt jeweils nahe bei 100 Prozent. Der Bekanntheitsgrad ist allerdings nur ein sehr grober Indikator für die Sichtbarkeit eines Politikers. So ist nicht auszuschließen, dass viele Befragte zwar den Namen eines Politikers kennen, aber keine weitergehenden Auskünfte über ihn geben können. Die Sichtbarkeit eines Politikers wird daher im vorliegenden Aufsatz daran festgemacht, inwieweit die Bevölkerung ein einigermaßen vollständiges und zugleich differenziertes Bild von seinen Eigenschaften besitzt. Die *Vollständigkeit* des Bildes von einem Politiker wird dabei durch den Anteil derjenigen Befragten erfasst, die sich in der Lage sehen, ein Urteil zu seinen verschiedenen Eigenschaften abzugeben. Die *Differenziertheit* wird daran festgemacht, ob die Bevölkerungsurteile zwischen den einzelnen Eigenschaften streuen oder ob sich die Einschätzungen der Eigenschaften eines Politikers untereinander nur unwesentlich unterscheiden. Würden etwa die meisten Befragten unabhängig von der konkret abgefragten Eigenschaft durchgängig eine mittlere Ausprägung angeben, spräche viel dafür, dass zu dem betreffenden Politiker keine hinreichend differenzierten Bevölkerungsurteile vorliegen. Gibt es umgekehrt eine klare und anschaulich interpretierbare Variation zwischen den Eigenschaften eines Kandidaten, so ist dies zwar kein zwingender Beweis für differenzierte Bevölkerungsurteile, immerhin aber ein Indiz für ein inhaltlich begründetes Antwortverhalten der Befragten. Das Vorliegen einer *positiven Imagefacette* machen wir in Ermangelung anderer klarer objektiver Kriterien für die Zwecke dieses Aufsatzes pragmatisch daran fest, hinsichtlich welcher Persönlichkeitseigenschaften ein Kandidat besser beurteilt wird als alle anderen Kandidaten.

Kommen wir zunächst zur *Vollständigkeit* der Einschätzungen der vier Spitzenkandidaten (vgl. Abbildung 1). Abbildung 1 zufolge ist der Informationsgrad zu den vier Politikern über fast die gesamte Bandbreite der abgefragten Eigenschaften sehr hoch. Ob es sich um unmittelbar politikrelevante Eigenschaften handelt, wie etwa die wahrgenommene Eignung für das Amt des Bundeskanzlers oder eines Bundesministers oder aber um eher unpolitische Qualitäten wie die persönliche Ausstrahlung, der Prozentsatz derjenigen, die ein Urteil abgeben können, liegt stets um 90 Prozent und häufig noch darüber. Aus dem allgemeinen Muster fallen die beiden Eigenschaften des „guten Charakters“ und des „geordneten Privatlebens“ ein wenig heraus. Diese beiden persönlichen Qualitäten entziehen sich offensichtlich der Kenntnis vieler Wahlberechtigter weit eher

als das Gros der politischen Eigenschaften. Im Vergleich zwischen den vier Politikern zeigen sich über alle Eigenschaften hinweg nur relativ geringe Unterschiede. Der durchwegs höchste Informationsgrad findet sich plausiblerweise bei dem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder. Nur geringfügig niedrigere Prozentsätze gültiger Angaben sind bei Aussenminister Joschka Fischer zu verzeichnen, dessen Eigenschaften von den Wahlberechtigten noch etwas vollständiger eingeschätzt werden können als die des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Edmund Stoiber. Der insgesamt niedrigste Informationsgrad findet sich bezüglich des FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle, obgleich auch bei ihm in der Regel mindestens 80 Prozent der Befragten eine Zuschreibung von Eigenschaften vornehmen können. Wenn es also in der Bevölkerung Unterschiede im Informationsgrad über die vier Kandidaten gibt, so scheinen diese in erster Linie die Sichtbarkeit des jeweiligen Politikers aufgrund eines herausragenden Regierungsamtes zu reflektieren, weniger die Tatsache, ob es sich um den Repräsentanten einer großen oder einer kleinen Partei handelt.

Abbildung 1: Informationsgrad zu Gerhard Schröder, Edmund Stoiber, Guido Westerwelle und Joschka Fischer



Quelle: forsa, Tagesbefragung, 04/2002, forsa, eigene Berechnungen.

Wie ist es nun um die Differenziertheit der Kandidatenbilder und die Existenz positiver Imagefacetten bestellt? In Tabelle 1 ist für die vier Spitzenkandidaten dargestellt, in welchem Maß ihnen die einzelnen Eigenschaften von der Bevölkerung zugeschrieben

werden.⁶ Dabei ist zunächst festzuhalten, dass die bei allen vier Politikern zu beobachtenden Schwankungen in der Zustimmung zu den verschiedenen Eigenschaften, die sich an der Spannweite der Anteilswerte ablesen lassen, auf eine differenzierte Kandidatenwahrnehmung hindeuten. Diese Schwankungen fallen allerdings bei Westerwelle deutlich schwächer aus. Die Bevölkerung besitzt von ihm also offensichtlich noch kein so differenziertes Bild wie von den anderen drei Kandidaten.

Darüber hinaus lassen sich bei allen vier Kandidaten positive Imagefacetten entdecken, also Eigenschaften, die ihnen häufiger zugeschrieben werden als ihren unmittelbaren Konkurrenten. Bei Schröder ist dies sein gutes Aussehen und seine angenehme Ausstrahlung, bei Stoiber das geordnete Privatleben, die Führungsqualitäten sowie die Fähigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen. Die meisten positiven Imagefacetten besitzt mit Joschka Fischer der Spitzenkandidat einer der beiden kleinen Parteien. Er gilt als tatkräftig, überzeugend, seinen Aufgaben als Minister gewachsen, sprachbegabt, vertrauenswürdig, am Allgemeinwohl interessiert sowie als jemand, der der Politik einen klaren Kurs gibt und gute Ideen für die Zukunft Deutschlands hat. Guido Westerwelle schließlich besitzt nur eine einzige positive Imagefacette, deren Bedeutung allerdings nicht unterschätzt werden darf, gilt er doch am ehesten als von politischen Skandalen unbelastet, also als unverbraucht.

Als ein erstes Fazit lässt sich somit festhalten, dass sich die Bevölkerung von allen vier untersuchten Kandidaten, also auch von den beiden Spitzenkandidaten von FDP und Grünen, ein relativ vollständiges und zudem differenziertes Bild machen kann. Darüber hinaus besitzt jeder der vier Kandidaten wenigstens eine positive Imagefacette, die ihn im Vergleich zu seinen Konkurrenten in besonderer Weise auszeichnet.

⁶ Zustimmung bedeutet in Tabelle 1, dass ein Befragter bei einer bestimmten Kandidateneigenschaft auf der von 0 bis 4 sich erstreckenden Skala Ausprägung 3 oder Ausprägung 4 angegeben hat. Zustimmung heisst also inhaltlich, dass dem betreffenden Politiker die jeweilige Eigenschaft in hohem Maße zugeschrieben wird.

Tab. 1: Die Bewertung von Schröder, Stoiber, Westerwelle und Fischer im Vergleich (Zustimmung zu den verschiedenen Eigenschaften in Prozent)

	Schröder	Stoiber	Westerwelle	Fischer
Er hat Führungsqualitäten	62	68	50	67
Er ist den Aufgaben eines Bundeskanzlers gewachsen	57	52		
Er ist den Aufgaben eines Bundesministers gewachsen			46	73
Er ist tatkräftig	50	67	56	75
Er gibt der Politik einen klaren Kurs	32	52	40	56
Er hat ein gutes Konzept, um Arbeitsplätze zu schaffen	17	39	31	25
Er hat gute Ideen für die Zukunft Deutschlands	39	50	45	53
Er ist vertrauenswürdig	44	45	44	60
Er ist unbelastet von politischen Skandalen	54	50	63	33
Er hat stets das Wohl der Allgemeinheit im Blick	39	42	38	57
Er tritt überzeugend auf	69	59	56	74
Er spricht eine Sprache, die die Menschen verstehen	68	49	49	69
Er hat eine angenehme Ausstrahlung	64	44	48	55
Er ist ein gutaussehender Mann	46	32	38	24
Er hat einen guten Charakter	51	47	48	53
Er führt ein geordnetes Privatleben	55	81	59	37
Spannweite der Anteilswerte	52	49	28	51

Quelle: forsa, Tagesbefragung, 04/2002, forsa, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Der höchste Anteilswert ist für jede untersuchte Eigenschaft fett hervorgehoben.

3. *Das Image der vier Spitzenkandidaten und dessen Einfluss auf die Wahlabsicht bei der Bundestagswahl 2002*

Wie wirkt sich nun die Wahrnehmung und Bewertung der vier Spitzenkandidaten auf die Wahlentscheidung zugunsten ihrer jeweiligen Partei aus? Gibt es dabei Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten der Volksparteien SPD und CDU/CSU, die sich um das Amt des Bundeskanzlers bewerben, und den Spitzenkandidaten der beiden kleinen Parteien, die realistischere nur für ein Ministeramt in einer Koalitionsregierung in Frage kommen? Zugespitzt formuliert: Lohnt sich für die beiden kleinen Parteien die von ihnen adaptierte Strategie der Personalisierung der politischen Auseinandersetzung oder sind für eine Wahlentscheidung zugunsten der FDP und der Grünen andere, womöglich stärker inhaltlich geprägte Überlegungen ausschlaggebend?

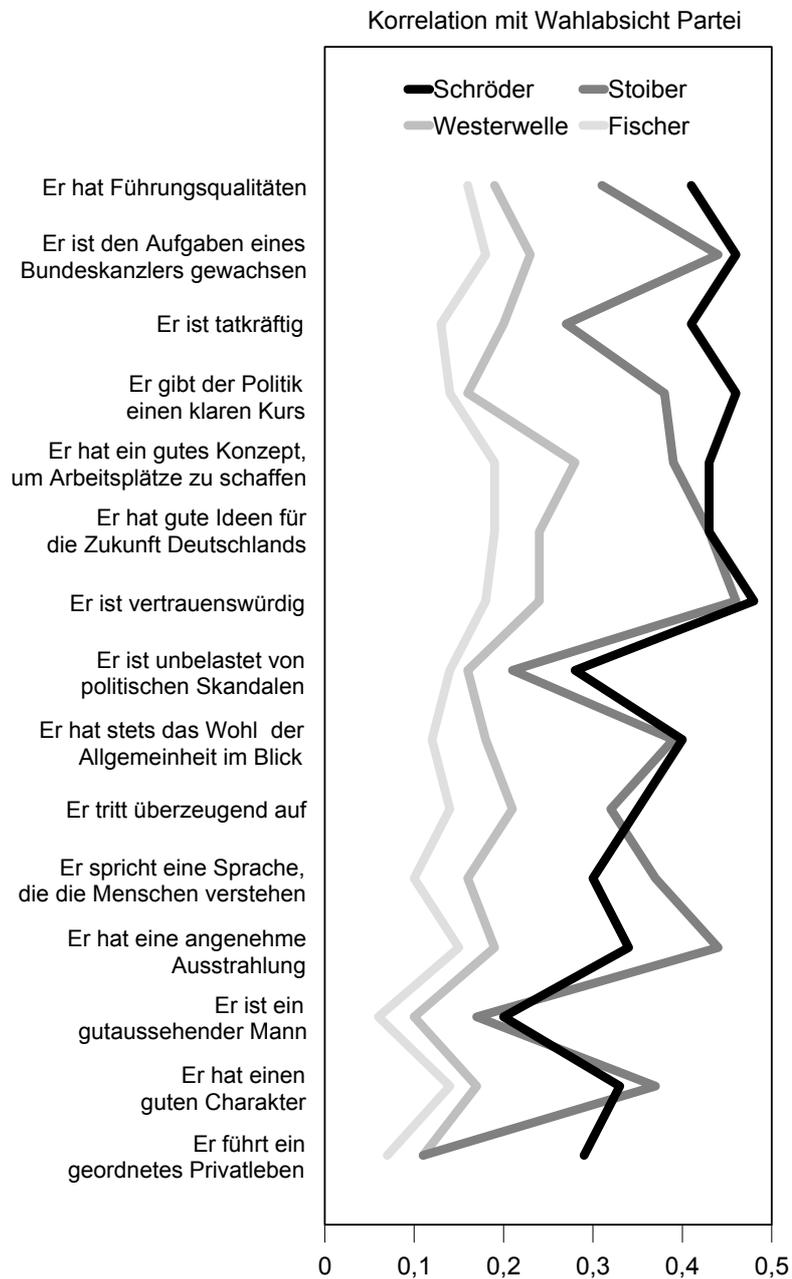
3.1 *Bivariate Analysen*

Abbildung 2 gibt eine erste Antwort auf diese Fragen, indem für die vier Spitzenkandidaten die bivariaten Korrelationen zwischen den einzelnen Eigenschaftszuschreibungen und der Wahlabsicht für die jeweilige Partei in graphischer Form dokumentiert werden. Dargestellt sind also die Korrelationen zwischen der Wahrnehmung Gerhard Schröders auf den verschiedenen Eigenschaften und der Wahlabsicht zugunsten der SPD, ebenso die Korrelationen zwischen der Wahrnehmung Edmund Stoibers und der Wahlabsicht für die CDU/CSU und die entsprechenden Korrelationen für Guido Westerwelle und Joschka Fischer.⁷ Dabei zeigen sich für Schröder und Stoiber die stärksten Zusammenhänge eindeutig bei den politischen Kernqualitäten, den Führungs- und Managementqualitäten, der Wirtschaftskompetenz, der Fähigkeit politische Ideen zu entwickeln und nicht zuletzt der (politischen) Vertrauenswürdigkeit. Etwas schwächer fallen die Zusammenhänge zwischen der prospektiven Parteienwahl und den Einschätzungen derjenigen Eigenschaften aus, die eher mittelbar mit der Gestaltung von Politik und ihren Ergebnissen zu tun haben. Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind die ermittelten Korrelationen bei Amtsinhaber Schröder etwas stärker als bei seinem Herausforderer.

⁷ Die Wahlabsichtsvariable für eine Partei wurde so gebildet, indem eine „1“ bei Nennung dieser Partei codiert wurde und eine „0“ bei Nennung einer anderen Partei. Explizit bekennende und potentielle Nichtwähler sowie in ihrer Wahlabsicht noch unentschiedene Wähler wurden von der Analyse ausgeschlossen.

Der auffälligste Befund in Abbildung 2 ist darin zu sehen, dass die bivariaten Zusammenhänge zwischen der Zuschreibung einer bestimmten Kandidateneigenschaft und der Wahlabsicht für die Partei des betreffenden Politikers bei den Kanzlerkandidaten von SPD und CDU/CSU deutlich größer sind als bei den beiden Spitzenpolitikern von FDP und Grünen. Während die Korrelationen für Gerhard Schröder und Edmund Stoiber um 0,4 und höher liegen, erreichen die Zusammenhänge bei Joschka Fischer und Guido Westerwelle nur in einigen Fällen einen Wert von 0,2 und befinden sich häufig noch darunter. Obgleich die Korrelationen sich auf deutlich niedrigerem Niveau befinden, lässt sich auch zwischen Westerwelle und Fischer ein systematischer Unterschied ausmachen. Bei jeder Eigenschaft ergibt sich für Westerwelle eine stärkere Beziehung zur Parteienwahl als bei Fischer.

Abbildung 2: Bivariate Korrelationen zwischen der Einschätzung Schröders, Stoibers, Westerwelles und Fischers und der Wahlabsicht für ihre jeweilige Partei



Quelle: forsa, Tagesbefragung, 04/2002, forsa, eigene Berechnungen.

Für den festgestellten klaren Unterschied zwischen den beiden großen und den beiden kleinen Parteien bieten sich mehrere Interpretationen an. Eine naheliegende inhaltliche

Deutung setzt an der unterschiedlichen politischen Bedeutung der vier Spitzenkandidaten an. Wenn nur die Spitzenkandidaten der großen Parteien eine realistische Chance haben, nach der Wahl das Amt des Bundeskanzlers zu bekleiden, so die Überlegung, dann werden auch nur diese ein wesentliches Kriterium bei der Wahlentscheidung darstellen. Die Wahl der FDP oder der Grünen würde hingegen eher auf der Grundlage politischer Streitfragen oder aufgrund der Einschätzung der Parteienkompetenz, möglicherweise auch aufgrund langfristiger politischer Loyalitäten erfolgen. Träfe diese erste Deutung zu, so erwiese sich die Kür Guido Westerwelles zum Kanzlerkandidaten der FDP als ein sicherlich spektakuläres Medienereignis, das aber im Wählerverhalten kaum sichtbare Spuren hinterließe.

Neben dieser ersten Deutung gibt es freilich noch eine zweite Erklärung für die unterschiedlichen Korrelationsmuster zwischen Schröder/Stoiber einerseits und Westerwelle/Fischer andererseits, die sehr wohl mit einer starken Beziehung zwischen Kandidatenbewertung und Parteienwahl auch bei den kleineren Parteien vereinbar ist. Diese geht von der Annahme einer unterschiedlich starken parteipolitischen Prägung der Kandidatenbewertung bei den großen und den kleinen Parteien aus. So werden die bivariaten Beziehungen zwischen Kandidatenbewertung und Parteienwahl bei den beiden großen Parteien erfahrungsgemäß in erheblichem Umfang durch die Parteiidentifikation bestimmt, die sowohl die Bewertung der Kandidaten als auch die Wahlentscheidung entscheidend beeinflusst. Nun ist aber nicht auszuschließen, dass die Wahrnehmung der Spitzenkandidaten der beiden kleinen Parteien einer deutlich geringeren parteipolitischen Prägung unterliegen. Dann würde bei den beiden kleinen Parteien auch die bivariate Beziehung zwischen der Bewertung der Spitzenkandidaten und der Wahlentscheidung schwächer ausfallen. Für eine geringere parteipolitische Prägung der Kandidatenbewertung spricht bei Guido Westerwelle die Tatsache, dass dieser erst seit kurzem Vorsitzender der FDP ist, die FDP häufig aus taktischen und seltener aus ideologischen Motiven gewählt wird und die Partei sich gegenwärtig in einem Umbruch befindet, der nicht zuletzt von Westerwelle selbst vorangetrieben wird. Bezüglich der Person Joschka Fischers muss festgehalten werden, dass dieser in den letzten Jahren als Bundesaußenminister eine von der grünen Partei weitgehend unabhängige eigene Reputation erworben hat.

Welche der beiden eben vorgestellten Deutungen für die unterschiedliche Stärke der Korrelationen in Abbildung 2 der Realität eher entspricht, soll im Folgenden anhand multivariater Analysen untersucht werden.

3.2 *Multivariate Analysen*

Die Ermittlung des ‚wahren‘ Einflusses der Spitzenkandidaten auf den Wahlerfolg ihrer jeweiligen Parteien ist nicht einfach: So üben neben der Wahrnehmung und Bewertung der Spitzenkandidaten auch noch andere Faktoren einen bedeutenden Effekt auf die Wahlentscheidung aus. Der wichtigste dieser Faktoren ist die *Parteiidentifikation*, eine Art psychologischer Parteimitgliedschaft, die das Wahlverhalten maßgeblich steuert und die Wahrnehmung anderer politischer Objekte – darunter auch die der Spitzenkandidaten – entscheidend vorzustrukturieren vermag. Die Verteilung solcher auch emotional abgestützter Parteibindungen unter den Wahlberechtigten ist in Tabelle 2 dokumentiert. Tabelle 2 gibt darüber hinaus Auskunft über den Anteil der Parteigebundenen an den Wählern der verschiedenen Parteien. Dabei zeigt sich, dass sich unter den Wählern der SPD und der CDU/CSU mit 74,1 bzw. 69,6 Prozent ein deutlich höherer Anteil von Parteigebundenen befindet, als unter den Wählern der Grünen (60,2 Prozent) und insbesondere unter den Wählern der FDP (37,4 Prozent). Die Parteiidentifikation scheint also für die Wahlentscheidung zugunsten einer der beiden Volksparteien bedeutsamer zu sein als für die Wahlentscheidung zugunsten von FDP und Grünen.

Tab. 2: Der Wähleranteil, der Anteil der Parteigebundenen sowie der Anteil parteigebundener Wähler für die SPD, die CDU/CSU, die FDP und die Grünen

	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne
Wähler	32,5	42,6	8,1	7,8
Parteigebundene	24,6	26,9	3,0	5,1
Anteil parteigebundener Wähler	74,1	69,6	37,4	60,2

Quelle: forsa, Tagesbefragung, 04/2002, forsa, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Beim Wähleranteil handelt es sich um den jeweiligen Anteil der vier Parteien an denjenigen Befragten, die angeben, bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 „sicher“ wählen zu gehen. Der Anteil der Parteigebundenen bezieht sich auf all diejenigen Befragten, die die Frage nach der Existenz einer langfristigen Parteibindung gültig beantwortet haben, Personen ohne Parteibindung gehen also in die Prozentuierungsbasis mit ein. Der Anteil parteigebundener Wähler gibt an, welcher Prozentsatz der erklärten Wähler einer Partei gleichzeitig auch eine Parteiidentifikation zugunsten dieser Partei besitzt.

Des Weiteren kommt auch den *Kompetenzzuschreibungen auf den verschiedenen Politikfeldern* eine wichtige Bedeutung für die Wahlentscheidung zu. Die Partei, der am ehesten zugetraut wird, die wichtigen politischen Probleme in den Griff zu bekommen, wird in der Tendenz auch eher gewählt. In Tabelle 3 ist die im Rahmen der von uns ausgewerteten Umfrage von den Befragten vorgenommene Kompetenzzuschreibung dargestellt. Es zeigt sich, dass der CDU/CSU von der Bevölkerung die größte Problemlösungskompetenz zugeschrieben wird: Sie wird im Durchschnitt auf 3,6 von insgesamt 13 untersuchten Politikfeldern für am kompetentesten erachtet. Die entsprechenden Werte betragen für die SPD 3,3, die Grünen 1,0 und die FDP 0,7. Unter den jeweils eigenen Wählern liegen diese Zahlen erwartungsgemäß deutlich höher. So halten die Wähler der Volksparteien diese jeweils auf knapp 7 Politikfeldern für am kompetentesten, die Wähler der beiden kleinen Parteien gestehen der von ihnen gewählten Partei jeweils auf ungefähr 4 Politikfeldern eine überlegene Lösungskompetenz zu.

Tab. 3: Die durchschnittliche Zahl von Politikfeldern, auf denen der SPD, der CDU/CSU, der FDP und den Grünen von der Bevölkerung insgesamt sowie von ihren Wählern jeweils die größte Problemlösungskompetenz zugeschrieben wird

	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne
Bevölkerung	3,3	3,6	0,7	1,0
Wähler der jeweiligen Partei	6,6	6,9	3,9	4,2

Quelle: forsa, Tagesbefragung, 04/2002, forsa, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Im Rahmen der Befragung wurde für insgesamt 13 politische Aufgaben abgefragt, welche Partei am ehesten in der Lage sei, diese Aufgabe zu bewältigen. Für die Auswertung wurde für jede Partei ein einfacher Index gebildet, der angibt, wie oft diese Partei als am kompetentesten genannt wurde. Bei den 13 abgefragten Aufgaben handelte es sich im Einzelnen um: „Sicherung der Zukunft der Kinder“, „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, „soziale Gerechtigkeit garantieren“, „die innere Sicherheit gewährleisten“, „Modernisierung des Gesundheitswesens“, „Rahmenbedingungen für das weitere Wirtschaftswachstum schaffen“, „Staatsschulden begrenzen“, „Regelung der Zuwanderung von Ausländern“, „Abbau der Bürokratie und Modernisierung des Staates“, „Förderung neuer Technologien“, „Stärkung des Verbraucherschutzes“, „gerechte Verteilung der Steuern“ sowie „stärkere Förderung von Bildung und Forschung“.

Um den Einfluss der Spitzenkandidaten auf die Wahlentscheidung korrekt abschätzen zu können, muss für die Existenz einer Parteibindung und die Kompetenzbewertung der Parteien statistisch kontrolliert werden. Dies gilt, da die drei potentiellen Bestimmungsgrößen der Wahlentscheidung nicht unabhängig voneinander sind: So werden Personen mit Parteibindung den Spitzenkandidaten ‚ihrer‘ Partei per se besser bewerten als die Spitzenkandidaten der anderen Parteien. Auch wird dieser Personenkreis die Problemlö-

sungskompetenz der ‚eigenen‘ Partei von vorneherein höher einschätzen als diejenige der konkurrierenden Parteien. Die einer Partei zugeschriebene Problemlösungskompetenz wird darüber hinaus nicht unabhängig von der Bewertung der politischen Fähigkeiten ihres jeweiligen Spitzenkandidaten sein. Schickt eine Partei einen inkompetenten Kandidaten ins Rennen, so wird das ihre Reputation als kompetente Partei sicherlich schmälern.⁸

Dass die beschriebenen Zusammenhänge in der Realität tatsächlich existieren, zeigt Tabelle 4, in der für die vier untersuchten Parteialternativen die Korrelationen zwischen der Parteiidentifikation, der Problemlösungskompetenz sowie den politischen und persönlichen Kandidateneigenschaften abgetragen sind. Alle in Tabelle 4 berichteten Zusammenhänge sind statistisch signifikant und zeigen in die theoretisch erwartete Richtung. Tabelle 4 zeigt freilich auch, dass die entsprechenden Zusammenhänge bei den großen und den kleinen Parteien durchaus unterschiedlich ausfallen. So ist die Bewertung der politischen und persönlichen Eigenschaften von Fischer und Westerwelle weitgehend unabhängig von einer etwaigen Parteiidentifikation zugunsten ihrer jeweiligen Partei (Korrelationen zwischen 0,10 und 0,15), während die entsprechenden Zusammenhänge bei Schröder und Stoiber deutlich stärker sind (Korrelationen zwischen 0,25 und 0,39). Wie oben als Erwartung formuliert, werden Fischer und Westerwelle also in deutlich geringerem Maße durch eine parteipolitisch gefärbte Brille betrachtet als Schröder und Stoiber. Die Zusammenhänge zwischen der Parteiidentifikation und der Kompetenzzuschreibung fallen demgegenüber deutlich höher aus: Bei den Grünen beträgt die Korrelation 0,52 und liegt damit auf dem Niveau der beiden Volksparteien, bei der FDP beträgt die entsprechende Korrelation immerhin noch 0,32. Hinsichtlich der Korrelationen zwischen der Kompetenzzuschreibung zugunsten der Parteien und der Bewertung der Kandidaten zeigt sich ein ähnliches Muster wie bei dem Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Kandidatenbewertung: Auch hier ist der Zusammenhang zwischen der Bewertung von Westerwelle und Fischer und der Kompetenzzuschreibung zugunsten der FDP bzw. der Grünen (Korrelationen 0,09 und 0,22) deutlich schwächer als die entsprechenden Zusammenhänge bei Schröder und Stoiber (Korrela-

⁸ Denkbar wäre freilich auch der Fall, dass eine Partei, die von den Wählern auf bestimmten Gebieten als inkompetent wahrgenommen wird, dieses Defizit – zumindest partiell – ausgleichen könnte, wenn sie einen Spitzenkandidaten nominiert, der in der Wahrnehmung der Bevölkerung über entsprechende Kompetenzen verfügt.

tionen 0,31 und 0,52). Fischer und Westerwelle werden also deutlich eigenständiger wahrgenommen als Schröder und Stoiber. Bei den beiden letztgenannten fällt ins Auge, dass ihre Bewertung stärker mit der ihrer jeweiligen Partei zugeschriebenen Problemlösungskompetenz korreliert als mit einer Parteiidentifikation zugunsten dieser Partei.

Tab. 4: Die Korrelationen zwischen der Parteiidentifikation, der Problemlösungskompetenz sowie der Kandidatenbewertung für die SPD, die CDU/CSU, die FDP und die Grünen (Pearsons r)

	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne
PI / Kand. pers.	.27	.25	.11	.10
PI / Kand. pol.	.39	.33	.15	.14
PI / Kand.	.39	.33	.15	.14
PI / Kom.	.51	.55	.32	.52
Komp. / Kand. pers.	.31	.31	.09	.13
Komp. / Kand. pol.	.52	.46	.22	.19
Komp. / Kand.	.50	.45	.20	.18

Quelle: forsa, Tagesbefragung, 04/2002, forsa, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Für diese Analysen wurde der in den Anmerkungen zu Tabelle 3 beschriebene Index zur Erfassung der Problemlösungskompetenz verwendet, der für jede Partei angibt, hinsichtlich wievieler Probleme sie für lösungskompetent gehalten wird. Darüber hinaus wurde für jede Partei eine Dummy-Variable gebildet, die angibt, ob ein Befragter eine Bindung an diese Partei besitzt oder nicht. Zur Erfassung der Kandidatenbewertungen wurden die 11 politischen und die 4 persönlichen Kandidateneigenschaften zunächst jeweils getrennt und ausserdem noch einmal zusammen aufsummiert, so dass für jeden Kandidaten drei Indizes zur Verfügung stehen, die die Bewertung ihrer politischen und ihrer persönlichen Eigenschaften sowie ihre Gesamtbewertung beschreiben. Bei der Bewertung einzelner Kandidateneigenschaften auftretende fehlende Werte wurden vor der Indexbildung durch das arithmetische Mittel der gültigen Angaben substituiert.

In Tabelle 5 ist dargestellt, welche Erklärungskraft die drei diskutierten Einflussgrößen – Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung und zugeschriebene Problemlösungskompetenz – für die Wahlentscheidung jeweils einzeln und in Kombination besitzen. Die Erklärungskraft der Parteiidentifikation ist dabei erwartungsgemäß hoch (Modell 1). Bei SPD und CDU/CSU kann mit einem Modell, das nur dieses Merkmal enthält, bereits jeweils ungefähr 40 Prozent der Variation der Wahlabsicht für SPD bzw. CDU/CSU erklärt werden. Bei den Grünen und der FDP liegt die Erklärungskraft der Parteiidentifikation mit 35,2 bzw. 22,6 Prozent erkennbar niedriger. Ebenfalls in einer engen Beziehung zur Wahlentscheidung steht die subjektive Kompetenzzuschreibung an die Parteien (Modell 2). Führt man sie allein in ein Modell zur Erklärung der Wahl-

entscheidung ein, so kann mit ihrer Hilfe jeweils mindestens ein Drittel der Variation der Wahlabsicht für eine Partei erklärt werden. Bei CDU/CSU, der FDP und den Grünen wird mittels der Kompetenzzuschreibung sogar jeweils eine höhere Erklärungskraft erzielt als mit der Parteiidentifikation. Interessant ist darüber hinaus ein Blick auf die Modelle, die nur die Kandidatenbewertung als erklärendes Merkmal enthalten (Modelle 3 bis 5). Dabei fällt zunächst ins Auge, dass die politischen Kandidateneigenschaften durchgängig erklärungs mächtiger sind als die persönlichen. Ausserdem ist die Erklärungskraft der Kandidaten für die Wahlentscheidung bei SPD und CDU/CSU deutlich höher als bei der FDP und den Grünen. Insoweit bestätigen die hier durchgeführten, statistisch angemessenen, logistischen Regressionsanalysen die in Abbildung 2 dargestellten bivariaten Korrelationsbefunde. Dieser klare Unterschied heisst indes nicht, wie bereits im letzten Abschnitt ausgeführt, dass die Spitzenkandidaten der beiden Volksparteien für die Wahlentscheidung zugunsten dieser Parteien bedeutsamer seien als die Spitzenkandidaten der beiden kleinen Parteien. Denn wie Tabelle 4 gezeigt hat, bestehen bei den Volksparteien deutliche Korrelationen zwischen der Parteiidentifikation und der Kandidatenbewertung. Dies führt bei SPD und CDU/CSU dazu, dass die Parteiidentifikation indirekt in den Modellen 3 bis 5 enthalten ist. Die Erklärungskraft eines Modells, das nur die Kandidatenbewertung enthält, muss daher bei SPD und CDU/CSU allein aus diesem Grund höher liegen als bei FDP und Grünen, wo die Bewertung der Kandidaten weitgehend unabhängig von einer etwaigen Parteibindung erfolgt.

Die eigentliche Bedeutung der Spitzenkandidaten für die Wahlentscheidung kann nun ermittelt werden, indem man die Kandidatenbewertung nach Parteiidentifikation und Parteienkompetenz in ein Modell zur Erklärung der individuellen Wahlentscheidung einführt. Der dadurch bewirkte Zuwachs in der Erklärungskraft des Modells gibt an, welchen Erklärungsbeitrag die Bewertung der Spitzenkandidaten über die beiden anderen Bestimmungsgrößen hinaus bringt.

Tab. 5: Die Erklärungskraft verschiedenener Modelle zur Erklärung der Wahlentscheidung zugunsten von SPD, CDU/CSU, FDP und den Grünen - Ergebnisse binärer LOGIT-Analysen -

Prädiktoren	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne
(1) Parteiidentifikation (PI)	41,2	42,4	22,6	35,2
(2) Kompetenzzuschreibung (Komp.)	38,0	44,3	33,0	37,9
(3) pol. Kandidateneigenschaften (Kand. pol.)	31,5	26,5	18,0	12,5
(4) pers. Kandidateneigenschaften (Kand. pers.)	12,9	17,4	7,2	4,3
(5) alle Kandidateneigenschaften (Kand.)	32,1	29,1	18,7	13,9
(6) PI + Komp.	54,6	59,4	44,4	47,4
(7) PI + Komp. + Kand. pol.	59,2	62,2	50,9	51,0
(8) PI + Komp. + Kand. pers.	56,4	61,5	47,6	48,0
(9) PI + Komp. + Kand.	59,8	63,1	51,1	51,4

Quelle: forsa, Tagesbefragung, 04/2002, forsa, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Die Parteiidentifikation ging wie in den Anmerkungen zu Tabelle 4 beschrieben in die Analyse ein. Bei der Kompetenzzuschreibung wurde für jede Partei bezüglich jedes der dreizehn Politikfelder eine eigene 0-1-codierte Variable gebildet, die jeweils angibt, ob die Partei bei dem betreffenden politischen Problem als am kompetentesten genannt wurde oder nicht. Die 15 erhobenen Kandidateneigenschaften gingen jeweils einzeln in die Analyse ein. Auch in diesem Fall wurden fehlende Werte durch das arithmetische Mittel substituiert.

Die in Tabelle 5 berichtete Erklärungskraft der Modelle 6, 7, 8 und 9 stellt dabei den Ausgangspunkt bei der Quantifizierung des Einflusses der Kandidatenorientierungen auf die Wahlentscheidung dar: So lässt sich beispielsweise aus der Differenz der Erklärungskraft der beiden Modelle 9 und 6 ablesen, welchen weitergehenden Erklärungsbeitrag die Kandidateneigenschaften über die Effekte der Parteiidentifikation und der Kompetenzzuschreibung hinaus zu liefern vermögen. Diese – zuweilen auch als *pessimistische* oder *konservative* Effektschätzung bezeichnete – Größe ist in Tabelle 6 sowohl für die Kandidateneigenschaften insgesamt sowie nochmals getrennt für die politischen und die persönlichen Kandidateneigenschaften dargestellt. Dabei zeigt sich, dass die politischen Kandidateneigenschaften bei den kleinen Parteien FDP und Grüne einen mindestens so hohen Erklärungsbeitrag liefern wie bei den großen Volksparteien. Der potentielle Einfluss aller untersuchten Kandidateneigenschaften auf die Wahlentscheidung ist bei der FDP mit einem Zuwachs von 6,7 Prozentpunkten am höchsten, gefolgt von der SPD mit 5,2 Prozentpunkten, den Grünen mit 4,0 und der CDU/CSU mit 3,7 Prozentpunkten.

Tab. 6: Der Einfluss der Wahrnehmung und Bewertung der Spitzenkandidaten auf die Wahlentscheidung zugunsten von SPD, CDU/CSU, FDP sowie den Grünen - Ergebnisse ‚pessimistischer‘ Effektschätzungen -

	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne
pol. Kandidateigenschaften (Kand. pol.)	3,4	1,6	3,5	3,4
pers. Kandidateneigenschaften (Kand. pers.)	0,6	0,9	0,2	0,4
alle Kandidateneigenschaften (Kand.)	5,2	3,7	6,7	4,0

Quelle: forsa, Tagesbefragung, 04/2002, forsa, eigene Berechnungen.

Die in Tabelle 6 berichteten Maßzahlen für die Stärke der Effekte der Kandidateneigenschaften auf die Wahlentscheidung geben eine Art Untergrenze für die Stärke des untersuchten Effekts an, die Maßzahlen für die Modelle (3) bis (5) in Tabelle 5 eine Art Obergrenze. Um darüber hinaus auch noch direkt abschätzen zu können, welche der drei Bestimmungsgrößen am wichtigsten für die Wahlabsicht einer Partei ist, kann man die drei Merkmale simultan in ein multivariates Modell einführen und die Effektkoeffizienten berechnen.⁹

In Tabelle 7 sind daher die Ergebnisse binärer logistischer Regressionsanalysen berichtet, in die jeweils die Parteiidentifikation, die Kompetenzzuschreibung sowie die Bewertung der politischen und persönlichen Eigenschaften des Spitzenkandidaten der verschiedenen Parteien als unabhängige Variablen eingingen. Die abhängige Variable bildet wieder die Wahlentscheidung zugunsten der vier untersuchten Parteilalternativen SPD, CDU/CSU, FDP und Grüne. Berichtet sind in Tabelle 7 die unstandardisierten und die standardisierten Effektkoeffizienten ($e^{\hat{\beta}_k}$ und $e^{\hat{\beta}_k \cdot s_{x_k}}$). Die unstandardisierten Effektkoeffizienten sind dabei besonders für einen Vergleich der Effektstärken des jeweiligen Prädiktors *zwischen* den verschiedenen Modellen geeignet, die standardisierten Effektkoeffizienten ermöglichen zudem den Vergleich der Effektstärken der verschiedenen Prädiktoren auch *innerhalb* eines Modells. Der wichtigste Befund dieser Regressionsmodelle ist zunächst darin zu sehen, dass die politischen Kandidateneigenschaften bei allen vier Parteien einen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung ausüben, während dies für die persönlichen Kandidateneigenschaften nicht gilt. Die Effekte der

⁹ Betrachtet man die in Tabelle 4 dokumentierten Zusammenhänge zwischen den unabhängigen Variablen, dann zeigt sich, dass die größte dort auftretende Korrelation 0,55 beträgt. Dies bedeutet, dass alle untersuchten Prädiktoren über einen genuine Varianzanteil von mindestens 70 Prozent ($1 - 0,55^2 = 0,70$) verfügen. Die Multikollinearitätsprobleme sind also nach gängiger Problemsicht keinesfalls derart gravierend, dass eine zuverlässige Schätzung von Effektparametern unmöglich wäre.

politischen Kandidateneigenschaften auf die Wahlentscheidung unterscheiden sich dabei zwischen den verschiedenen Parteien nur geringfügig. Bei der SPD beträgt der unstandardisierte Effektkoeffizient 1,12, bei der FDP 1,09, bei den Grünen 1,07 und bei der CDU/CSU 1,06. Der Einfluss der Spitzenkandidaten ist bei den beiden kleinen Parteien generell also keinesfalls schwächer als bei den beiden großen Volksparteien. Betrachtet man die standardisierten Effektkoeffizienten und vergleicht die Stärke der Effekte der verschiedenen Bestimmungsgrößen innerhalb der Erklärungsmodelle, dann zeigt sich, dass bezüglich einer Wahlentscheidung zugunsten von SPD oder CDU/CSU die Parteiidentifikation den stärksten Effekt ausübt, gefolgt von der Kompetenzzuschreibung und den politischen Kandidateneigenschaften. Bei den beiden kleinen Parteien hingegen sieht die Reihenfolge anders aus: Hier übt die Kompetenzzuschreibung den stärksten Effekt auf die Wahlentscheidung aus. Bei den Grünen folgen dann die Parteiidentifikation und die politischen Kandidateneigenschaften. Bei der FDP hingegen stellen die politischen Eigenschaften Guido Westerwelles noch vor der Parteiidentifikation die zweitstärkste Determinante der Wahlentscheidung zugunsten der FDP dar.

Tab. 7: Der Einfluss der Parteiidentifikation, der Problemlösungskompetenz sowie der subjektiv wahrgenommenen Kandidateneigenschaften auf die Wahlentscheidung zugunsten von SPD, CDU/CSU, FDP und den Grünen - Ergebnisse binärer LOGIT-Analysen -

	SPD		CDU/CSU		FDP		Grüne			
	$e^{\hat{\beta}_k}$	$e^{\hat{\beta}_k \cdot s_{x_k}}$								
Parteiidentifikation (PI)	18,75*	3,95*	39,96*	5,30*	29,34*	1,80*	18,61*	1,96*		
Kompetenzzuschreibung (Komp.)	1,42*	3,24*	1,56*	4,97*	1,90*	2,60*	1,86*	2,68*		
pol. Candidateigenschaften (Kand. pol.)	1,12*	2,72*	1,06*	1,64*	1,09*	2,04*	1,07*	1,80*		
pers. Kandidateneigenschaften (Kand. pers.)	1,02	1,06	1,07	1,21	1,08	1,25	,94	,81		
	P ²		56,8		59,8		44,2		46,8	

Quelle: forsa, Tagesbefragung, 04/2002, forsa, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: $e^{\hat{\beta}_k}$ Effektkoeffizient
 $e^{\hat{\beta}_k \cdot s_{x_k}}$ standardisierter Effektkoeffizient
 *: Effekt ist auf dem .01-Niveau statistisch signifikant

4. Schlussfolgerung

Die Personalisierung der Politik in parlamentarischen Demokratien wie der Bundesrepublik Deutschland wird zuweilen auch mit dem Begriff der *Präsidentialisierung* umschrieben.¹⁰ Man versteht darunter eine, nicht nur vorübergehende, Entwicklung in der massenmedialen Berichterstattung über Politik, der Wahlkampfführung und in den Entscheidungskriterien der Wähler hin zu einer größeren Bedeutung der Kandidaten für das Spitzenamt der politischen Exekutive, die – in der Konsequenz dieses Denkmodells – mehr und mehr im Stile amerikanischer Präsidentschaftskandidaten agierten und auch entsprechend wahrgenommen würden. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass die beiden großen Parteilalternativen SPD und CDU/CSU, die in der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig den Kanzler stellen, den so veränderten Wettbewerbsbedingungen in ihrer Wahlkampfführung Rechnung tragen. Hingegen ist überraschend, dass auch die beiden kleinen Parteien FDP und Grüne bei der Bundestagswahl 2002 auf eine Personalisierungsstrategie setzen, haben doch ihre Spitzenkandidaten – auch wenn man sie offiziell zum Kanzlerkandidaten ausruft – keine reelle Chance, zum Bundeskanzler gewählt zu werden.

Gleichwohl deuten die Ergebnisse unserer empirischen Analysen darauf hin, dass sich eine Personalisierungsstrategie für die FDP und die Grünen auszahlen kann: Die Bevölkerung verfügt über eine ähnlich komplette und differenzierte Wahrnehmung von Joschka Fischer und Guido Westerwelle wie von Gerhard Schröder und Edmund Stoiber. Darüber hinaus unterscheiden sich die Effekte, die von der Wahrnehmung Fischers und Westerwelles auf die Wahlentscheidung zugunsten der Grünen bzw. der FDP ausgehen, in ihrer Stärke nicht wesentlich von den entsprechenden Effekten bei Schröder und Stoiber. Bei der FDP erweist sich die Einschätzung der politischen Eigenschaften von Guido Westerwelle für eine Wahlentscheidung zugunsten der FDP gar als erklärungskräftiger als eine Parteidentifikation zugunsten der Partei. Die besonders radikale Personalisierungsstrategie der FDP könnte sich vor diesem Hintergrund also durchaus auszahlen, auch wenn ihr Kandidat nur über eine einzige positive Imagefacette verfügt. Den Grünen hingegen könnte zugute kommen, dass ihr Spitzenkandidat über eine ganze

¹⁰ Vgl. dazu *Anthony Mughan*, *Media and the Presidentialization of Parliamentary Elections*, Houndmills 2000: „... a personalization of electoral politics that on the one hand occurs within the parameters of an unchanging parliamentary constitution *and* on the other persists over time ...” (Mughan 2000: 9; Hervorh. im Original).

Reihe von positiven Imagefacetten verfügt, die ihn deutlich aus dem Kreis der vier Spitzenpolitiker herausheben.